

Ungleiche „Redezeit“ im Eishallen-Heft

UNNA. Argumente für und gegen die Eishalle bekommen die Unnaer mit dem Abstimmungsheft für den Bürgerentscheid ins Haus. Ginge es allein nach Seitenzahlen, wäre die Halle Geschichte.

Von Sebastian Smulka

Im Kampf für einen Erhalt der Eishalle setzt der Sport natürlich auch auf Aufmerksamkeit. Im Abstimmungsheft für den Bürgerentscheid bekommt „Unna braucht Eis“ nur begrenzten Raum.

Der Bürgerentscheid über die Eishalle läuft zusammen mit der Europawahl. Die nun verschickte „Wahlbenachrichtigung“ fällt aber etwas umfangreicher aus: 20 teils eng bedruckte Seiten in DIN A4 werden demjenigen an die Hand gegeben, der seine Entscheidung für oder gegen die Wiederbelebung der Halle in Kenntnis aller Argumente treffen will. Um es vorweg zu nehmen: Die meisten davon rufen dazu auf, die Eishalle abreißen zu lassen. Denn die Stimmen der Politik bekommen in dem Heft deutlich mehr Raum als die Bürgerinitiative.

Eine Seite „Unna braucht Eis“, sieben für die Politik

„Unna braucht Eis“ bekommt darin eine Seite, um das Bürgerbegehren zu begründen. Je eine Seite Platz für die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema bekommen aber auch der Bürgermeister sowie die Ratsfraktionen von SPD, CDU, Grünen, FDP, FLU und Linken. 1:7 beträgt also das Verhältnis zwischen der basisdemokratischen Bewegung und jenen, die sonst die Entscheidungen in dieser Stadt treffen. Das Verhältnis



Im Kampf für einen Erhalt der Eishalle setzt der Sport natürlich auch auf Aufmerksamkeit. Im Abstimmungsheft für den Bürgerentscheid bekommt „Unna braucht Eis“ nur begrenzten Raum. FOTO HENNES

mag nachdenklich stimmen: Schließlich geht es bei dem Bürgerentscheid darum, eine bereits getroffene Entscheidung des Rates anzufechten und nicht darum, die Argumente für das Zustandekommen dieser Entscheidung zu wiederholen.

Satzung stärkt eher die Institutionen als Bürger

Die Praxis ist formal regelkonform. Sie entspricht einer Satzung, die der Rat der Stadt im vergangenen Jahr aufge-

stellt hat. Demnach dürfen die Vertreter des Bürgerbegehrens, der Bürgermeister, aber eben auch jede Ratsfraktion eine „kurze, sachliche Begründung“ in dem Abstimmungsheft abdrucken lassen. Die Definition von „kurz“ handelt die Beteiligten einvernehmlich aus. In diesem Fall einigten sie sich auf eine Seite DIN A4 für jeden - was am Verhältnis von 1:7 aber nichts ändert.

„Die Satzung entspricht in diesem Punkt der Mustersatz-

zung des Städte- und Gemeindebundes“, betont Verwaltungssprecher Oliver Böer. „Das ist also kein Unnaer Landrecht, sondern die Empfehlung unseres kommunalen Spitzenverbandes.“ Insofern ist Unna wohl freizusprechen von dem Vorwurf, mit der Satzung ein Eishallenabbruchgesetz verabschiedet zu haben. Der Städte- und Gemeindebund aber hat den Kommunen eine Handreichung gegeben, die der Politik deutlich mehr „Redezeit“

einräumt als der Basisdemokratie. Der Verein „Mehr Demokratie“, der sich für die stärkere Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen einsetzt, hat die gesetzlichen Eingaben in eine eigene Mustersatzung umgesetzt. Sie würde nicht jeder Fraktion im Einzelnen Raum für ihre Argumente geben, sondern eine „kurze und sachliche Einwendung der Mehrheit im Rat“ zulassen. Was der Gesetzgeber dazu vorgibt, ist eher schwammig. Die Gemeinde-



Direkter kann man die 20 Seiten des Abstimmungsheftes nicht auf den Punkt bringen. Passend zum Urnengang am 26. Mai bereitet auch „Unna braucht Eis“ eine Art Wahlkampf mit Plakatwerbung vor. FOTO NEUMANN

ordnung NRW sagt über die Information der Bürger vor einem Bürgerentscheid überhaupt nichts aus. Sie verweist stattdessen auf Verordnungen, die vom zuständigen Ministerium zu erlassen seien. Eine solche Verordnung gibt es - aber auch sie lässt Fragen offen. Demnach müsse der Wahlberechtigte „in geeigneter Weise“ informiert werden, wobei offen bleibt, welche Informationen denn überhaupt zu übermitteln sind. Ein Satz, dass die „innerhalb der Gemeindeorgane vertretenen Auffassungen“ wiedergegeben werden sollen, deutet auf ein Abbilden des Meinungsbildes aller Fraktionen im Rat hin. Aber: Das wäre auch mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ möglich.

88 Prozent des Stadtrates gegen die Eishalle

Eine solche Übersicht gibt es im Abstimmungsheft für den Bürgerentscheid auch. Es ist im Grunde eine Tabelle: Fraktion, Stimmgewicht im Rat

und ihre „Wahlempfehlung“ stehen dort nebeneinander. Vollständige Fraktionsdisziplin vorausgesetzt würden 88 Prozent der Ratsmitglieder gegen die Eishalle stimmen. Nur FLU und Linke sowie die Fraktionslosen Bärbel Risadelli und Christoph Tetzner unterstützen das Bürgerbegehren.

Einen Vorteil hat die Machart des Abstimmungsheftes allerdings für „Unna braucht Eis“. Gleich nach den Seiten für die „Regularien“ der Abstimmung und die Informationen über die Kosten eines Erhalts der Halle darf „Unna braucht Eis“ die Diskussionsrunde eröffnen. Später nachlassende Aufmerksamkeit bei der weiteren Lektüre trifft auch die Argumente gegen die Halle. Und die Initiative hat einen pfiffigen Weg gefunden, die ungleiche Raumverteilung aufzuheben: Sie fasst sich kurz genug, um Platz für den Abdruck eines QR-Codes zu schaffen, der dem Bürger weitere Inhalte aufs Handy holt.



Mehr zum Thema finden Sie auf hellwegeanzeiger.de